

KREIDEKREIS

Die Zeitung der österreichischen LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie

Anfragen, Infos:
oeli@kreidekreis.net
www.oeli-ug.at

In dieser Nummer:

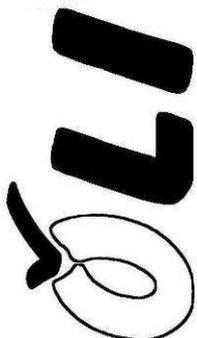
- AHS-Bericht - 2
- Anachronistisches zur teilzentralen kompetenzbasierten Matura - 3
- Matura einsparen? - 3
- Argumente für die Zentralmatura - 4
- Nun sind die gewerkschaftlichen Forderungen zu formulieren - 5
- GÖD-Bundeskonzferenz - 5
- Bildungsstandards und Zentralmatura - 6
- WMS - innovativst - 7
- ÖLI-MandatarInnen - 7
- nö. Musikschulhilferuf - 7
- Diskussionsbeginn zur selbständigen Schule und zum neuen Dienstrecht - 8
- ÖLI-Erlagschein-Torso - 8

Zum Nachlesen:

auf oeli-ug.at („Zeitung“) und verlinkt im Netz



Alle wollen an die AHS.
Ich hab's! AHS für alle, aber neu!



Österreichische • LehrerInnen • Initiative

6. 4. 2010: Unabhängige GewerkschafterInnen – LehrerInnen Initiative ÖLI-UG für gemeinsame universitäre Grundausbildung (Master) aller LehrerInnen - für ein demokratisches, sozial-integratives öffentliches und gesamtösterreichisches Bildungswesen

LehrerInnenbildung NEU = Schulreformstau ALT + Bologna-Architektur + Budgetpolitik URALT

ÖLI-UG zum Endbericht der ExpertInnengruppe

- als pdf (7 Seiten, 180 kB: www.oeli-ug.at/LehrBildg.pdf)
oder als Word.doc (70 kB: www.oeli-ug.at/LehrBildg.doc)

ÖLI ZVR-Zahl 125480687

Falls unzustellbar bitte zurück

an: 4643 Pflasterweg 7

DVR: 0581518

An:



von Christian Schwaiger, BL-AHS-Gew., [schwaiger \(a\) oeli-ug.at](mailto:schwaiger(a)oeli-ug.at)

AHS-Bericht

von der Erweiterten Bundesleitung (EBL-AHS) in Großpetersdorf/Bgld., 19./20. 4. 2010

Am 19. April kurzes Plenum mit Infos zum organisatorischen Ablauf (allerdings noch eine langatmige Werbeveranstaltung einer ÖBV-Frau für private Pensionsvorsorge mit Infos zur Pensionskasse), dann fraktionelle Beratungen, auch am 20. von 9 bis 11

Plenum von 11 bis 13 Uhr
Bundesländerberichte:

Schon im Vorfeld wurde von der BL darum gebeten, die Situation bzgl. der 25er-Klassen zu erheben. Im Österr.-Schnitt hat – lt. Erhebung des ZA – die Hälfte der Klassen über 25 Sch.

Daher der Beschluss: Die BL fordert mit allem Nachdruck ohne weitere Verzögerung die Umsetzung der KSHZ 25 aufsteigend in allen Schulstufen – de iure und de facto. Die dafür notwendigen zusätzl. Ressourcen sind vom Dienstgeber in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen.

In allen Bundesländern wurde LehrerInnenmangel festgestellt, nicht überall in allen Fächern, v. a. in den naturwissenschaftlichen und Info, aber zB in Sbg. OÖ, Wien auch in D und E; in Wien sei die Situation dramatisch. (Sie scheint in Tirol und Ktn. noch am besten zu sein? Wie vorausschauend war doch Ministerin Gehrler!)

Salzburg wird im nächsten Schuljahr Herbstferien bekommen (Vbg. hat sie schon), zuerst war eine generelle Einführung geplant, nach heftigem Widerstand (auch der GÖD) wurde dies für 1 Schuljahr probeweise durch Umschichtung von den freien Dienstagen nach Ostern und Pfingsten verordnet.

Es gibt hier den Plan, HauptschullehrerInnen mit befristeten Sonderverträgen anzustellen, die GÖD sagt, UPs seien vorzuziehen.

In der Stm. überlegt sich der LSR wegen des LehrerInnenmangels eine Zusammenlegung von A und BHS. In Wien gibt's ab kommendem Schuljahr 3 Ganztagschulen

mit verschränktem Unterricht+Freizeitbetreuung am Nachmittag.

In OÖ, NÖ und der Stm. gibt's für HS, die nicht NMS werden durften, die Möglichkeit, Team-teaching etc. mit einer Verkürzung auf die 45-Minuten-Stunde durch erhöhte Lehrverpflichtung zu finanzieren.

Mehrere Bundesländer berichten von einer merkbaren Steigerung der Mitgliedszahlen in der GÖD-AHS (Bgld. +20%)

Reinhart Sellner (ÖLI-UG) bringt den Antrag ein „**Bildung und öffentliche Dienste sichern – Finanzrahmengesetz der Bundesregierung auf-schnüren**“:

Die EBL wendet sich entschieden gegen das von der Regierung geplante Finanzrahmengesetz, mit dem Krisenlasten auf Kosten der Qualität öff. Dienste und auf dem Rücken der öff. Bediensteten abgetragen werden sollen. Einsparungen im öffentlichen Dienst, insbesondere im Zukunftsbereich Bildung lehnen wir ab.

Die EBL unterstützt alle Maßnahmen der GÖD zur Sicherung und Verbesserung der öffentlichen Dienste, für bessere Arbeitsbedingungen und zusätzliche Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sowie für den Erhalt der Kaufkraft der öffentlich Bediensteten – alles nachhaltige Maßnahmen gegen die Auswirkungen der noch immer nicht überwundenen Krise.

Er wird zuerst kontrovers diskutiert, dann Reinhalts Einleitung mit dem Verweis auf diesbezügliche Forderungen von AK und ÖGB gestrichen und leicht verändert beschlossen und an Faymann, Schmied, Pröll, die Beamtenministerin und den ÖGB geschickt.

Weitere Beschlüsse:

für Verbesserungen des **Arbeitsplatzes** Schule, vor einem allfälligen Ausbau ganztägiger Schulformen müssen die baulichen Voraussetzungen geschaffen werden.

zu den **Bildungsstandards**: *Die erweiterte BL der AHS steht der Einführung von Bildungsstandards positiv gegenüber, wenn wichtige Rahmenbedingungen gesetzlich*

verankert sind. Die Rahmenbedingungen sind am Beginn der Bildungsstandardsentwicklung mit der LehrerInnenvertretung ausverhandelt, aber in der Zwischenzeit seitens des BMUKK gravierend verändert worden. Wir fordern daher umgehend Verhandlungen betreffend Durchführungs- und Rückmeldemodalitäten.

In den Verhandlungen war abgesprochen worden, dass nur 10 Prozent der Schulen jährlich getestet werden (Unterbindung von Rankings und Kostenersparnis), jetzt sollen alle Schulen flächendeckend in 1 Fach getestet werden. Dann sollten die Daten anonymisiert weitergegeben werden, jetzt bekommt die Schulleitung die Klassenergebnisse und der LSR die Schulergebnisse, nur die LehrerInnen wissen nicht die Ergebnisse der einzelnen Schü. Die Ergebnisse sollen im SGA besprochen werden und sind damit öffentlich.

Auch ganz neu: Es soll keine externen Tester mehr geben, die LehrerInnen führen die Tests durch.

Zur **LehrerInnenausbildung**: Die EBL fordert für alle LehrerInnen Magister- oder Master-Ausbildungen
Vorsitzende Scholik stellt den Endbericht der ExpertInnenkommission vor.

BM Schmied sagte, dass dies nur ein ExpertInnenbericht sei und noch keine Richtlinien. Im VS-Bereich sollte es ein moderates FachlehrerInnensystem geben und die Ausbildung in M+D verpflichtend sein. Die Kindergartenausbildung an den BAKIPs wird bleiben, es sollen nur Zusatzmodule an den PHs (Bachelor-Niveau) angeboten werden.

Für die AHS soll als Eingangsvoraussetzung nur ein 4-jähriger (!? nicht Bologna-konform - Verwirrung) Bachelor an der Uni notwendig sein.

Kritisiert wird, dass nach Funktion und nicht nach Ausbildung bezahlt werden soll. (Durch die Medien geisterte zB, dass in der 4. Kl. VS nur LehrerInnen mit Masterabschluss Noten geben dürften, da gäbe es unterschiedliche Aussagen.)

Impressum: EHV: ÖLI-UG, Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschaftlerInnen für mehr Demokratie, 4643 Pettenbach, Pflasterweg 7. Red.: Josef Gary Fuchsbaier und die AutorInnen der Beiträge. Papieraufgabe: 45000. Kreidekreis ist das Informations-/ Diskussionsorgan der ÖLI-UG. **LeserInnen-Beiträge zu schulrelevanten Themen willkommen!** ÖLI-Beitritt bzw. Kreidekreissabo-Bestellung: oeli@kreidekreis.net, 0680 2124358, Fax 07586 8877, oder einfach € 30 bis 360 bzw. Abo 7 € / Jahr auf PSK (60000) KtoNr. 78420320 „Öst. LehrerInnen“

Dass man mit dem Bachelor sofort in die „Induktionsphase“ kommen soll (eine Art Turnus in versch. Schultypen) und man/frau den Master berufsbegleitend machen sollte, wird sehr kritisch gesehen: Gerade wenn LehrerInnenmangel sein wird und dadurch die 25%-Überschreitung der Lehrverpflichtung als Überstunden vorgeschrieben werden kann, wird ein berufsbegleitendes Studium illusorisch. Darüber herrschte offenbar ein Konsens.

Dass in ganztägigen Schulformen Zusatzpersonal gebraucht wird (SozialarbeiterInnen ...), ist selbstverständlich.

Dann wurde noch (kurz, aber die Schmied'schen Vorgaben sind eh so schwammig und relativ nichts-sagend) auf 2 Papiere aus dem Ministerium eingegangen, die bei den inzwischen (2?) abgehaltenen Gesprächen zum **neuen Dienstrecht** zwischen Schmied und den Vorsitzenden der ARGE LehrerInnen von ihr präsentiert wurden. Sie nennen sich „**_____**“

_____ Zensur
_____ ist einer von 3 Abschnitten dem Mittleren Management gewidmet - neben LehrerInnen und Schulleitung. (Angemerkt wurde, dass die AdministratorInnen fehlen, die will die BL nicht zum MM gerechnet wissen.) Das MM sei nach BL „kein Nullsummenspiel“, müsste also zusätzlich was kosten. Eine zusätzliche Entscheidungsebene MM sei vor allem an der Mehrzahl der kleineren AHS nicht sinnvoll.

Jeder LehrerIn sollte verpflichtend am Qualitätsmanagement teilnehmen und an der Schulprofil-Entwicklung ... (Das wird kritisch gesehen: Sollten wir uns womöglich auch die Schulbücher selbst schreiben?) Ad Schulleitung ist neu (und positiv aufgenommen von der BL), dass nicht mehr von „LehrerInnenanstellung durch die Direktion“ die Rede ist, sondern von „Mitwirkung bei der Auswahl von neuem Personal“, und das wäre ja – zumindest in Tirol, woanders wirs aber nicht anders sein? – der Iststand.

Reinhart Sellner forderte ein, dass ein Hinweis auf die PV-Rechte nicht nur bei der Schulleitung angeführt sein muss, sondern ein zentraler Punkt des neuen Dienstrechts sein soll.

Der Rest in den Papieren sind eher no-na-Aussagen und der Stand der pädagogisch-organisatorischen Diskussion.



10 ganz und gar nicht **zentral** ausgeführte, **frech** behauptete, ohne **Kompetenz** als auf der eines betroffenen Lehrers **basierte Thesen** oder

Die zentralen Abschlussprüfungen sind (für nichts) „gut“,

- (1) weil sie der österreichischen Schulbürokratie den von ihr so lange ersehnten Auftrieb verschaffen;
- (2) weil sie die österreichische Bildungsforschung mit „ganz viel“ Forschungsanlässen versorgen;
- (3) weil man – von ihnen ausgehend – den Schulbetrieb und Unterricht noch viel besser in den Griff bekommen kann;
- (4) weil es fast ein Wunder ist, dass man so lange auf sie verzichten konnte und das Land trotzdem nicht unterging;
- (5) weil niemand überzeugend begründet hat, warum man sie braucht, und trotzdem alle davon überzeugt sind;
- (6) weil endlich die Minderleister unter den LehrerInnen, Lehrern, SchülerInnen und Schülern ihrer gerechten Strafe zugeführt werden;
- (7) weil endlich der Stern der Leistungsträger hell erstrahlen kann am Bildungshorizont;
- (8) weil sich unverbesserliche Optimisten davon den unwiderlegbaren Nachweis der von ihnen jahrelang vergeblich dem Dienstgeber gegenüber vorgebrachten Missstände samt ihrer Behebung erwarten;
- (9) weil keine wesentlichen Missstände der Bildungssysteme jener Länder, die solche Prüfungen vorsehen, dadurch behoben worden sind;
- (10) weil die Einführung dieser Prüfungen so unprofessionell erfolgt, dass man angesichts des Langmutes und der Leidenschaftlichkeit der österreichischen Lehrerschaft nur staunen kann.

Ralf Wimmer, [wimmer\(a\)oeli-ug.at](mailto:wimmer(a)oeli-ug.at)

Matura einsparen?

Darf man darüber diskutieren?

„Ich habe 23.901 € Schulden“, sagt uns das Baby in der Finanzministeriumswerbung. Wie viele Babys könnten wir entschulden, wenn wir uns das BIFIE und die Matura sparen?

Wie viel Unterrichtszeit gewinnt jede Schülerin und jeder Schüler an AHS/BMS/BHS, wenn im letzten Jahr bis Schulschluss unterrichtet wird? (Und mit dem positiven Jahreszeugnis das Reife- (und Diplom-)prüfungszeugnis feierlich vergeben wird?)

Wieder einmal: Das Schwein wird nicht schwerer, wenn man es wiegt. Das immer mehr und öfter und zentraler Abprüfen kostet nicht nur Geld, sondern auch Unterrichtszeit. Und vermittelt den völlig falschen Eindruck bei den SchülerInnen, dass das wichtigste in der Schule die Prüfungen seien. Letztlich zählen aber auf Dauer im Berufsleben nicht die Noten, sondern setzt sich diejenige und derjenige mit dem besseren Wissen, ja eigentlich mit der besten Lernfähigkeit durch.

Was nutzt das Reden vom lebenslangen Lernen, wenn an den Schulen vermittelt wird, dass das abprüfbare (und womöglich ankreuzbare) Wissen gefragt ist?

Und noch was: Wann wird endlich den LehrerInnen und Lehrern wieder jene Wertschätzung zuteil, die ihnen pädagogische und Beurteilungs-Kompetenz zutraut, ja von ihnen selbstverständlich erwartet? Wenn LehrerInnen wissen, dass sie verantwortlich sind für die Beurteilung, für die Qualifikationen, die sie mit Schulabschlüssen vergeben, dann werden sie diese Verantwortung wahr nehmen und die Jugendlichen auf Beruf und/oder Studium – und vor allem das Leben – vorbereiten. Sie werden weiterhin nicht Noten herschenken, sondern Kompetenzen vermitteln.

Dieses Vertrauen in die LehrerInnen und Lehrer brauchen wir – und keine

kontrollierenden InspektorInnen und BIFIEs!
Meint

J. Gary Fuchsbauer





von Katharina
Bachmann,
ZA-BMHS, FA Vbg
bachmann (a)
oeli-ug.at

Ich kann mir schon vorstellen, dass es was Gutes sein kann

Argumente, die für die Einführung einer Zentralmatura sprechen

1 Erstellung der Prüfungsaufgaben

Die Aufgaben, die in der Zentralmatura gestellt werden, durchlaufen, bevor sie tatsächlich zur Prüfung kommen, diverse Vortests, die analysiert und ausgewertet werden und die dann zu einer Überarbeitung der Aufgaben führen (können). Wissenschaftliche Begleitung bedeutet, dass Unklarheiten, Mehrdeutigkeiten und Fehler in den Aufgabenstellungen entdeckt und beseitigt werden, bevor sie die SchülerInnen zur Matura bekommen. Dies kann ich als Einzellehrerin nicht leisten und ich bin auch nicht dafür ausgebildet, Prüfungen auf diese Art zu entwerfen. Wenn nur überprüft wird, ob die SchülerInnen den Unterrichtsstoff gelernt haben, fällt das nicht so ins Gewicht. Wenn aber eine allgemeine Kompetenz geprüft werden soll, dann ist das nicht mehr so einfach.

2 Das Niveau der Prüfung

Häufig wird befürchtet, dass sich entweder das Niveau senken wird oder dass es zu hoch sein wird, sodass viele SchülerInnen nicht entsprechen werden. In den Fremdsprachen bestimmt der Europäische Referenzrahmen

für Sprachen das Niveau. Die Late ist bei B2 angesetzt. Das definiert, was die Leistungsschwächsten fähig sein sollten zu erreichen. Ziel ist es nicht, Spitzenleistungen zu prämiieren, sondern ein Ziel zu stecken, das für alle erreichbar sein muss und das ein gesichertes Limit (nachhaltig vorhandenes Wissen), das man sich nicht nur kurzfristig für eine Prüfung aneignen kann, darstellt. Es wird daher sehr wohl der Fall sein, dass das Können vieler Lernenden über dem Niveau der Zentralmatura liegt. Das Niveau, worüber mit dem Bestehen der Prüfung etwas ausgesagt wird, ist jedoch nachhaltig und fundiert vorhanden.

3 Veränderte Rollen für LehrerInnen und SchülerInnen

Eine Zentralmatura verändert auch die Zusammenarbeit zwischen LehrerInnen und SchülerInnen.

Zurzeit liegen so viele Entscheidungen bei den LehrerInnen, dass für sehr viel Subjektivität Platz ist. So kann ich einerseits als Lehrerin die Freiheit der Lehrpläne nutzen und Schwerpunkte meines Unterrichts auf meine Lieblingsthemen legen. Ich definiere die Bedeutung des Stoffes, gebe die Ziele vor und beurteile dann, ob die SchülerInnen diese erreicht haben. Von den SchülerInnen erwarte ich, dass sie das machen, worauf ich immer Wert gelegt habe. Wenn man die SchülerInnen in

Parallelklassen vergleicht, können sich so möglicherweise völlig unterschiedliche angelernte Fähigkeiten ergeben.

Andererseits können mich die SchülerInnen (weil sie überfordert sind, die Leistung verweigern ...) auch so weit bringen, dass ich das Niveau senke und ihrer „Leistungsfähigkeit/-bereitschaft“ anpasse. (Dies geschieht ja unter anderem auch deswegen, weil ich bei schlechten Ergebnissen sofort den InspektorInnen gegenüber Rechenschaft ablegen muss.) Es ist wahrscheinlich jedem klar, dass die Ergebnisse solcher Prüfungen keine vergleichbaren Aussagen über das Können der SchülerInnen zulassen. An den Schnittstellen werden diese Probleme dann besonders deutlich.

Bei zentral vorgegebenen Aufgabenstellungen haben SchülerInnen und LehrerInnen ein von außen vorgegebenes Ziel, das es zu erreichen gilt und das aus der Subjektivität der Lehrenden genommen ist. Diskussionen mit SchülerInnen, ob es wirklich nötig ist, das zu lernen, und versuchte Einflussnahmen von Eltern, die z. B. bezweifeln, dass dieser Bereich der Mathematik noch sinnvoll ist, sind von vornherein ausgeschaltet. Die LehrerInnen begleiten die SchülerInnen auf ihrem Weg, das vorgegebene Ziel zu erreichen.

Zudem werden SchülerInnen mehr in die Pflicht genommen. Sie lernen nicht das, was ich hören will, sondern das, was von außen als Ziel festgesetzt wurde. Es liegt nicht in der Hand der einzelnen LehrerInnen zu bestimmen, welches Ziel sie erreichen sollen oder nicht, sondern eine Gesellschaft definiert, welche Kompetenzen sie für wichtig hält und was eine „Reifeprüfung“ aussagen soll. Damit die LehrerInnen und Lehrer diese Rolle

FACT BOX: Gütekriterien für wissenschaftliche Messverfahren

Die folgenden Kriterien bilden z.B. die Grundlage bei der Erstellung der „Listening Comprehensions“ für das Fach Englisch an den AHS

Hauptkriterien

- **Objektivität:** Sind die Ergebnisse unabhängig von Einflüssen der Untersucher/Untersuchungssituation bei Durchführung, Auswertung, Interpretation zustande gekommen?
- **Reliabilität:** Wird das Merkmal zuverlässig gemessen oder ist die Messung in zu großem Ausmaß mit Messfehlern behaftet?
- **Validität:** Misst das Verfahren tatsächlich das gewünschte Merkmal? Ist das Verfahren für die Messung des Merkmales tauglich?

Nebenkriterien: Hier erscheinen vor allem die folgenden wichtig für die Schule:

- **Testfairness:** Werden Personengruppen z. B. nach Alter, Geschlecht, Regionen u. a. gleich behandelt, haben sie die gleichen Chancen auf ein entsprechendes Testergebnis?
- **Transparenz:** Beinhaltet das Verfahren verständliche Instruktionen? Kann jede/r Kandidat/in sich vorher genügend mit dem Verfahren vertraut machen (ggf. sogar durch Übungssitem)? Gibt es danach ein angemessenes Feedback?
- **Unverfälschbarkeit:** Ist das Verfahren so konstruiert, dass die KandidatInnen die Ergebnisse möglichst nicht gezielt steuern oder verfälschen können?

Einige von uns haben schon unterschrieben: www.schulumbau.at mit der E-Charta unterstützen. Die Idee ist, eine neue Pädagogik durch eine neue Schularchitektur zu unterstützen und den Diskurs darüber auf breiter Basis in Gang zu bringen (Kongress und Tagung in Vorbereitung), bevor viele Sanierungs- und Infrastrukturmillionen längst überkommene Gebäudestrukturen weiter zementieren.

Netzwerk "Archiv der Zukunft" veranstaltet den "Kongress Arche Nova – Die Bildung kultivieren", Fr. 24. - So. 26. 9. 2010 in Bregenz: www.adz-netzwerk.de/bodensee-2010

als LernbegleiterInnen auch wirklich ausfüllen können, ist als weitere Konsequenz natürlich eine Ausgliederung der Korrektur nötig. Nicht die eigenen LehrerInnen korrigieren die Arbeiten, sondern externe Fachmensen. Aber auch „Blindkorrekturen“ würden hier schon helfen, d.h. die LehrerInnen korrigieren zwar, aber sie wissen nicht, wen sie korrigieren oder von welcher Schule die Arbeiten sind. Unabdingbare Voraussetzungen dafür sind klare Korrekturvorgaben.

4 Voraussetzungen für das Gelingen

Folgende Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit eine Zentralmatura wirklich positiv sein kann:

- > Die LehrerInnen müssen umfassend und klar darüber informiert sein, wie diese zentrale Matura aussieht und was dort geprüft wird. Den PHs kommt hier eine zentrale Aufgabe zu, da sie entsprechende Veranstaltungen anbieten müssen, in denen die LehrerInnen vorbereitet werden. Zudem müssen sie genug Zeit haben, sich vorzubereiten.
- > Die Lehrbücher müssen so gestaltet sein, dass sie auf die Prüfung vorbereiten. Es müssen genügend Materialien geboten werden, damit eine gute Vorbereitung auf die Prüfung stattfinden kann.
- > Die Korrektur muss (in letzter Konsequenz) ausgegliedert werden, nicht von den unterrichtenden LehrerInnen gemacht werden.
- > Bei schlechten Ergebnissen müssen die Ursachen analysiert werden. Hilfsmittel zur Verbesserung der Situation müssen zur Verfügung gestellt werden.

Christian Schwaiger: Neue Matura ab 2014 (AHS), 2015 (BHS):

Es geht nun um die gewerkschaftlichen Forderungen für die Prüfenden

Die SchUG-Novelle zur „Standardisierten, kompetenzorientierten Reifeprüfung“ (vulgo Neue Reifeprüfung / NRP) wurde vom Parlament beschlossen und im Bundesgesetzblatt vom 17. 11. 09 veröffentlicht. Damit wird unter anderem § 36, Absatz 3 neu formuliert:

„(3) Die konkreten Prüfungstermine für die Vor- und die Hauptprüfung sind unter Bedachtnahme auf die lehrplanmäßigen Erfordernisse durch die Schulbehörde erster Instanz oder, im Falle einer bundesweit einheitlichen Durchführung der abschließenden Prüfung oder von Teilen derselben durch den zuständigen Bundesminister festzulegen.“

Das heißt, dass in allen Schulformen, auch in den BHS, diese Prüfungen oder Teile derselben (zB der schriftliche Teil) „bundesweit einheitlich“, also zentral durchgeführt werden können. Für die AHS wird das in derselben Novelle noch konkretisiert durch das Einfügen eines Abschnitts 8a in das SchUG.

An der ministeriellen Verordnung, die Ablauf und Organisation für die AHS konkreter regelt, wird gerade gearbeitet, sie soll demnächst erlassen werden, da die SchülerInnen, die nach ihr maturieren werden, im Herbst in die 5. Klassen kommen. Da werden sich die Fachgruppen an den Schulen schon zusammen-

setzen müssen um sich auf die Themen zu einigen, die dann Prüfungsgebiete der Mündlichen sein werden.

Für die BHS, die in den Vorüberlegungen zuerst ausgeklammert worden war und die NRP dann doch plötzlich verpasst bekam (mit den vielen verschiedenen Typen und Fächern ist eine zentrale Aufgabenstellung natürlich mühsamer zu organisieren), erarbeitet nun eine ministerielle Arbeitsgruppe Konkretes. Ein Zwischenstand wurde vor einiger Zeit bekannt gegeben.

Die NRP kommt also, eine Forderung nach Rücknahme dieser Gesetzesnovelle ist nicht realistisch. Schon bei den der Novelle vorausgehenden Verhandlungen wollte Reinhart Sellner von der ÖLI-UG einen zweiten Termin für Westösterreich erreichen, damit das Schuljahr dort nicht noch um eine Woche verkürzt wird. Das sollten wir weiter hineinreklamieren, dafür ist ja Zeit bis 2013. Auch die ÖPU-Forderung nach einer Verschiebung der NRP über den Haupttermin 2014 hinaus, da die Verordnung erst jetzt unter Zeitdruck entsteht und schon für das kommende Schuljahr relevant wäre, soll unterstützt werden.

Darüber hinaus geht es nun darum, Verhandlungen aufzunehmen über gewerkschaftliche Fragen der Abgeltung für Betreuung der Vorwissenschaftlichen Arbeiten, Korrekturen, Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Prüfungen. Dazu muss in den Schulen, die die NRP schon als Pilotversuche durchführen, die Mehrbelastung der prüfenden KollegInnen, ihr zeitlicher Aufwand erhoben werden. Die volle Bezahlung der Abschlussklassen muss in den Verhandlungen wieder thematisiert und gefordert werden. Darauf müssen wir uns nun konzentrieren, und nicht auf eine völlig unrealistische Verhinderung dieser „standardisierten, kompetenzorientierten Reifeprüfung“.

Fischer, Klagenfurter LehrerInnen-Bildner, meint: www.uni-klu.ac.at/wiho/downloads/LehrerInnenbildung_Die_Blinde_und_die_Lahme_2010.pdf

Von der GÖD am 12.5.2010 **abgelehnter** UGÖD-Antrag:

„Für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste

Die Bundeskonferenz der GÖD lehnt eine Beschlussfassung des Finanzrahmengesetzes in der vom Ministerrat beschlossenen Form durch den Nationalrat am 19. Mai 2010 ab und fordert von Regierung und Parlament im Sinne der von ÖGB und AK am 8.4.2010 formulierten Resolution zukunftsorientierte und auf die Konjunkturentwicklung abgestimmte Maßnahmen zur Sicherung und zum Ausbau des Sozial- und Bildungswesens sowie der im Interesse der Allgemeinheit tätigen öffentlicher Dienste, insbesondere auch der Finanzverwaltung (Steuerprüfung, Steuerfahndung, Verringerung von Staatsschulden):

- > Rücknahme des vorliegenden Regierungsentwurfes für ein Finanzrahmengesetz, Aufnahme von Verhandlungen mit ÖGB, AK und GÖD

- > Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste
 - > notwendige Arbeitsplätze und Sicherung der Kaufkraft auch im öffentlichen Dienst
 - > Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungsreformen im Interesse der in Österreich lebenden Menschen und in Zusammenarbeit mit Gewerkschaft und Personalvertretungen
 - > Finanzierung und Budgetsanierung durch Vermögens-, Spekulations- und Transaktionssteuern – keine Massensteuern, keine weiteren Verkäufe bzw. Ausgliederungen von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen
 - > Unterstützung der Initiativen von ÖGB und EBG und verstärkte Zusammenarbeit mit den europäischen und internationalen Gewerkschaften der öffentlich Bediensteten – Solidarische Unterstützung der KollegInnen in Griechenland in ihrem Kampf für die Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen im öffentlichen Dienst.
- Die GÖD unterstützt die von NGOs und Gewerkschaften getragene Initiative 'www.wege-aus-der-krise.at'.



von Katharina Bachmann,
ZA-BMHS, FA Vbg
bachmann (a)
oeli-ug.at

Bildungsstandards - Zentralmatura

Will die rechte Hand vielleicht nicht, was die linke tut?

Informationsveranstaltungen zu den Bildungsstandards und zur Zentralmatura in den berufsbildenden Schulen machten eines deutlich: Es ist nicht alles so klar, wie man meinen (oder es sich wünschen) würde, vor allem was den Zusammenhang zwischen Bildungsstandards und Zentralmatura betrifft. Es scheint noch eine gewisse Scheu zu bestehen, diese zwei Themen als zusammengehörend zu sehen.

Vor kurzem wurden in Vorarlberg die FachgruppenleiterInnen aller Schulen im BHS-Bereich zusammengerufen. Mitglieder der Sektion Berufsbildung, die ihres Zeichens LeiterInnen von Projektarbeitsgruppen zu den Bildungsstandards sind, haben die weite Anreise aus Wien auf sich genommen, um uns über den momentanen Stand der Entwicklung und über die geplante teilzentrale, standardisierte Reifeprüfung (der Einfachheit halber in Folge als Zentralmatura bezeichnet) zu informieren. Ich nahm als eine Vertreterin meiner Schule an den Ausführungen zum Fach Deutsch teil.

Meine Erwartungen waren groß, sollen ja die im kommenden Herbst beginnenden Klassen die ersten sein, die im Schuljahr

2014/15 zur neuen Zentralmatura antreten werden. Vielleicht gibt es sogar schon Genaueres über das Ziel, auf das wir hinarbeiten sollen, über Beurteilungskriterien von Texten, über? Meine wahrscheinlich vor-schnelle Annahme, dass die Bildungsstandards in der 13. Schulstufe, wie sie ja in der BHS geplant sind, in der Zentralmatura so quasi ihre Testung erfahren und diese zwei Themen somit auch miteinander verquickt sind, wurde in dieser Veranstaltung nicht bestätigt, oder vielleicht doch?

Sehr ausführlich wurden wir über die Bildungsstandards allgemein und dann im Besonderen im Fach Deutsch informiert. Kompetenzmodelle, Deskriptoren, Unterrichtsbeispiele – alles ist ausgearbeitet und wird jetzt den LehrerInnen näher gebracht, damit es in ihren Unterricht einfließen kann.

Der Versuch, diese Bildungsstandards in Bezug zur Zentralmatura zu stellen, wurde aber zurückgewiesen. ‚Die Bildungsstandards beabsichtigen keine Testungen in der 13. Schulstufe. Sie sind als Qualitätsprozess für den Unterricht gedacht.‘ Das klingt ja im ersten Moment schon beruhigend, aber dann taucht es in meinem Hinterkopf wieder auf, es gibt ja da schon so eine Art Testung in der 13. Schulstufe, ach ja, die Matura. Und die soll ja künftig

zentralisiert, teilstandardisiert,! Das gehört aber nicht hierher, hier geht es um die Bildungsstandards, das Thema Zentralmatura steht anschließend auf der Tagesordnung.

Auf der letzten Folie der Präsentation zu den Bildungsstandards dann folgender Satz: ‚Bildungsstandards in Deutsch, Englisch, MAM sind die Zielmarken für die teilstandardisierte RDP ab 2014/15‘. Was jetzt wirklich? Haben sie oder haben sie nicht - miteinander zu tun?

In der letzten halben Stunde der Veranstaltung gibt es dann die versprochenen Informationen zur Zentralmatura, allerdings in einer Kürze, die doch überrascht. Konzept bis 1. Juni, dann Roadshow, Fortbildungen für die LehrerInnen und Ausbildung der Testitem-Writer, Erprobung der Testitems (es ist mir an dieser Stelle ein Bedürfnis zu betonen, dass die Wahl dieser Worte nicht von mir stammt), ab 2012/13 Pilotversuche, dann Handbücher erstellen und erste Zentralmatura 2014/15.

Und als Sahnehäubchen gibt es auch ein paar exklusive Details zur Zentralmatura in Deutsch, ‚die schon gesagt werden dürfen‘: Es wird **eine Matura für alle BHS** geben. Die Basis dafür bilden ein festgelegter Textsortenkanon, Qualitäts- und Beurteilungskriterien und festgelegte Themenbereiche. Die SchülerInnen werden mindestens zwei Teilaufgaben erledigen müssen und werden einen Vorschlag abwählen können. Beilagen sollen die Basis, die zur Erledigung der Aufgabe notwendig ist, schaffen. So, das war's! Gott sei Dank haben wir dieses – man ist fast geneigt zu sagen – „unangenehme“ Thema so schnell hinter uns gebracht.

Schließen möchte ich mit dem Fazit der Veranstaltung: ‚Kompetenz zeigt sich am ‚Tun-Können‘ und wird erst durch das Tun ausgebildet. Know-how ist Voraussetzung für das Show-how!‘ Da kann ich nichts mehr hinzufügen.

Bildungsstandards in der Berufsbildung und Zentralmatura im Konflikt?

Versuch einer Erklärung der momentanen Situation

In der AHS und den Pflichtschulen werden die Bildungsstandards durch das BIFIE ausgearbeitet. In der BHS ist das anders. Hier werden sie von Arbeitsgruppen entwickelt, die aus ExpertInnen aus dem berufsbildenden Schulwesen, der Fachdidaktik und der Fachwissenschaft bestehen und von Mitgliedern der Sektion Berufsbildung geleitet werden.

Im Projektplan werden zwei große Entwicklungsschritte unterschieden: Schritt 1 umfasst die Entwicklung der Bildungsstandards und ihre Einführung in den Unterricht. In diesem Abschnitt finden derzeit alle Aktivitäten statt. In einem 2. Schritt soll dann eine Methode zur Überprüfung der Lernergebnisse entwickelt werden.

Und jetzt kommt die Politik daher und bringt alles durcheinander, indem von einem Tag auf den anderen die Einführung einer Zentralmatura beschlossen wird, die momentan so gar nicht in den Projektplan der Bildungsstandards passt.

Die Informationen wurden dem Projekthandbuch „Bildungsstandards in der Berufsbildung“ entnommen (www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at, Downloads). Und noch ein Link zur kritischen Betrachtung der BIFIE-Finzen: www.vlikraft.at/zum-nachlesen (rechte Spalte hinunterscrollen, zZ. 8. Beitrag).

Noch ein Beispiel völlig unsinnigen **Sparens in der Bildung**. Kompetenzzentren für **Didaktik in Not**. Informiert euch und unterschreibt auf www.aecc-navi.at. Die Professur in Biologiedidaktik in Wien ist seit 3 Jahren unbesetzt, jene f. Physik und Chemie laufen im Sommer aus

Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung: Sommerakademie **Krieg im Abseits**
So. 4. - Fr. 9. Juli 2010 auf Burg Schlaining, Bgld. www.aspr.ac.at/sak.htm



von Trixi Halama, [halama \(a\) oeli-ug.at](mailto:halama(a)oeli-ug.at), Personalvertreterin, 5. IB Wien, APS, apfl-ug



Aus einigen wenigen KMS (kooperative Mittelschule, die Wiener Form der Hauptschule) dürfen WMS werden. Und die verbleibenden?

*) „Die Wiener Mittelschule ist die pädagogisch innovativste Schulform für 10-14-Jährige.“ (Mag. Dr. Susanne Brandsteidl, Präsidentin des SSR, in www.stadtschulrat.at/Mittelschule)

WMS – innovativst*)

„Weniger Schüler/innen in den Klassen bieten die Möglichkeit zu einem besseren Unterricht. Moderne Kurssysteme ermöglichen optimale Individualisierung und Leistungsförderung. Durch Trainingskurse im Rahmen des Pflichtunterrichts wird teure private Nachhilfe entbehrlich. Mit einem Wort: Alle Möglichkeiten des Wiener Schulsystems wie Begabungsförderung und Stützmaßnahmen kommen in dieser neuen Schule zum Einsatz. Wenn Sie für Ihr Kind eine Mittelschule mit neuen individuellen Unterstützungsangeboten suchen, dann finden Sie ...“.

So wird die Neue Wiener Mittelschule (WMS) von Seiten der amtsführenden Präsidentin des Stadtschulrates für Wien beworben. Wer möchte diese neue Möglichkeit nicht nützen?

Die logische Folge ist, dass WMS-Standorte (13 davon sind ehemalige KMS) sich über eine hohe Anzahl an Anmeldungen für das kommende Schuljahr freuen dürfen. "1.867 Anmeldungen an insgesamt 21 Standorten sprechen eine klare Sprache: Die ‚Wiener Mittelschule‘ boomt und die Eltern nehmen das Angebot dieser Schulform ohne Zugangsbeschränkungen begeistert an", so Brandsteidl.

Doch wie sieht die Stimmung an den verbleibenden, nicht so privilegierten KMS Standorten aus? Dort, wo es schon bisher das Problem des sich konkurrierenden „AHS/HS-Nebeneinanders“ gab, dort wo es ohnehin ständig sinkende SchülerInnenzahlen gibt?

Verheerend! KollegInnen werden dazu angehalten, Werbung für „IHRE“ Schule zu machen, neue Ideen – ein neues Schulprofil zu entwickeln, um den immer geringer werdenden SchülerInnenzahlen entgegen zu wirken. „SchülerInnen ködern“ – so das neue Motto! Nun kommen zu den alltäglichen pädagogischen Herausforderungen neue Aufgaben hinzu. Aufgaben, die

- dem Anspruch der Sozialen Integration und individuellen Förderung **aller** Kinder statt vorzeitiger sozial bedingter Auslese nicht genügen;
- Zeit und Energie kosten und in Folge den SchülerInnen Zeit und Zuwendung rauben;
- ungerecht verteilt sind (Bonitäten der WMS gegenüber der KMS) und damit Frustration bei den betroffenen KollegInnen hervorrufen. Frustration auch darüber, dass all ihre Bemühungen sinnlos bleiben werden. Denn sie alle wissen, dass sie sich auf dem langsam sinkenden Schiff namens KMS befinden.

Warum haben nicht **alle** SchülerInnen und LehrerInnen das Recht auf diese neue „pädagogisch innovativste Schulform“?

Weg mit diesem Fleckerlteppich der Mittelstufenschulversuche – schon mehr als 30 Jahre ist er alt! Ein Flickwerk gewebt aus IGS, DKS, KMS, WMS, ... Her mit der gemeinsamen Mittelstufe für alle!

Wir (apfl-UG) sind für gleiche, selektionsfreie Chancen für alle Schüler- und LehrerInnen – und zwar österreichweit!

ÖLI-UG-MandatarInnen

in Bund/Land in der Personalvertretung seit den Wahlen 11/2009:

ZA-AHS: **Ingrid Kalchmair, Reinhart Sellner**

ZA-BMHS: **Katharina Bachmann, Peter Steiner, Gary Fuchsbauer**

Wien: FA-AHS: **Roland Hofmann, Herbert Wieninger**

FA-BMHS: **Alexandra Khalil, Harald Sattke**

ZA-APS: **Gaby Bogdan**

NÖ: FA-AHS: **Toni Hartig**

FA-BMHS: **Gerhard Marchard**

OÖ: FA-AHS: **Ingrid Kalchmair**
FA-BMHS: **Ralf Wimmer, Eva Hötendorfer**

ZA-APS: **Franz Kaiser**

Salzb: FA-AHS: **Helmut Stadler**

FA-BMHS: **Angela Lindner, Paul Ellmauer**

ZA-APS: **Wolfgang Haag**

Stmk.: FA-AHS: **Richard Huber**

FA-BMHS: **Christine Mössler, Josef Innerwinkler, Johann Hagauer**

ZA-APS: **Johann Stipsits**

Kär.: FA-AHS: **Mirjam Schönlaub**

FA-BMHS: **Sepp Fasching**

Tirol: FA-AHS.: **Ulla Häußle, Christian Schwaiger**

FA-BMHS: **Toni Leitner, Jens Kettwig**

ZA-APS: **Gernot Pedrazzoli**

Vorarlbg.: FA-AHS: Vorsitzender **Gerhard Pušnik, Sabine Mathis, Gerhard Rüdissler**

FA-BMHS: Vorsitzender **Manfred Sparr, Katharina Bachmann, Maria Dür, Rudolf Mayerhofer**

Alle MandatarInnen sind mit ihrem **Familiennamen** mit @oeli-ug.at erreichbar. Telefonnummern und (Schul-) Adressen auch der GewerkschaftsmandatarInnen siehe: www.oeli-ug.at/index.php?id=101, jeweiliges Bundesland anklicken.

Musikschulen-NÖ: Protest gegen Lehrverpflichtungserhöhung. Petition der LehrerInnen der Musikschulen

Das Land NÖ versucht die Lehrverpflichtung der LehrerInnen an den Musikschulen auf bis zu 29 Wochenstunden zu erhöhen. Zugleich werden notwendige Überzeiten nicht anerkannt und droht das Ende des Erwachsenenunterrichts. Die KollegInnen der Musikschulen (www.no-e-musikschulinfo.net) wehren sich gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitssituation und bitten um Unterstützungsunterschriften für ihre Petition: www.gopetition.com/online/34229.html. Unsere **Solidaritätsadresse**: Die ÖLI-UG unterstützt die Forderungen der MusikschullehrerInnen und ihren Protest gegen eine Erhöhung der Lehrverpflichtung. Die Maßnahmen des Landes NÖ bedeuten nicht nur eine weitere Verschlechterung der Unterrichtsbedingungen und der Qualität des Unterrichts, sondern vor allem den Versuch der ÖVP-Landesregierung, die mitverschuldeten Folgen der Wirtschaftskrise auf die ArbeitnehmerInnen abzuwälzen. Auch das Land NÖ soll durch Aktienspekulationen hohe Verluste gemacht haben. Wir zahlen nicht für die Krise der Spekulanten! Wir brauchen eine Offensive für die Schulen! Eine demokratische, bessere Schule und Gesellschaft sind möglich!

Krisenmythos Griechenland: Athens Schuldenkrise ist nicht Ursache, sondern lediglich Auslöser der neuesten Etappe einer seit Jahrzehnten schwelenden Krise: www.streifzuege.org/2010/krisenmythos-griechenland: etwas andere Sicht

Oder kürzer: Sepp Wall-Strasser in: <http://derstandard.at/1271376613826/Kommentar-der-anderen-Man-schlaegt-die-Griechen-und-meint-den-Sozialstaat>



Reinhart Sellner, ÖLI-UG-Vertreter in der ARGE LehrerInnen der GÖD, [sellner \(a\) oeli-ug.at](mailto:sellner(a)oeli-ug.at)

Die LehrerInnengewerkschaften der GÖD beginnen die gewerkschaftsinterne Vor-Diskussion zur Diskussion um die selbständige Schule und

das neue LehrerInnendienstrecht

Der Input der ÖLI-UG zur Schulreformdiskussion ist endlich angekommen, und zwar im Input-Papier des BMUKK vom 8.4.2010, das derzeit gewerkschaftsintern diskutiert wird. Dem bmu-Input zur „selbständigen Schule“, mit dem die Vorgespräche zu demnächst vielleicht doch beginnenden Dienstrechtsgesprächen mit den LehrerInnen-Gewerkschaftsvorsitzenden (Feb.+ April 2010) ausgeklungen sind, kann ein gewisser No-Na-Charakter nicht abgesprochen werden, aber einiges geht in die Richtung „alter“ und unverjährter ÖLI-UG-Forderungen – auch wenn zur Konkretisierung noch vieles fehlt, z.B.:

Master für alle LehrerInnen, Auswahl und Kompetenzen des Schulleitungsteams, Personalvertretung an jeder Schule, auch an Volks-, Haupt- und Berufsschulen.

Es wurde also beim „LehrerInnenbild“ wieder „vergessen“, allen LehrerInnen die **Grund-Qualifikation eines universitären Masterstudiums** zugestehen; der Master ist fürs Erste nur fürs „Mittlere Management“ vorgesehen, und diesem „Mittleren Management“ fehlen zum demokratisch legitimierten Schulleitungsteam transparente Modalitäten der Auswahl und klare Kompetenzen. Diesen Mangel weist auch die vorläufige Beschreibung der Tätigkeit der SchulleiterInnen auf.

Was ebenfalls fehlt, ist das explizite Ansprechen der **an jeder Schule, auch an den APS, einzu-richtenden Personalvertretung** (Dienststellen-ausschuss bzw. Vertrauenspersonen) und ihrer Ausstattung **mit für eine selbständige Schule unverzichtbaren Mitentscheidungsrechten**. Ein abgekürztes §-10-Verfahren bei Nichteinigung mit dem Schulleitungsteam, das ohne monatelangen Instanzenweg einen PVAK-Entscheid nach sich zieht, der von der selbstständigen Schule zu beachten ist (Landesregierungsentscheide braucht's dann keine mehr).

Her mit der Bildungsmilliarde!

Ausreichende Budgets für die selbständigen Schulen und die für Reformen dieses Ausmaßes notwendige Ausweitung des BMUKK-Budgets scheinen so selbstverständlich, dass sie nicht eigens erwähnt werden. Ohne zusätzliche Bildungsausgaben lassen sich aber weder nachhaltige Qualitätsverbesserungen noch das Ende der wohlfeilen Vermarktung von „selbstständigen Schulen“ für Drittmittel erreichen. (Wir Unabhängigen GewerkschafterInnen haben wenigstens dazu beitragen können, dass nicht nur der ÖGB, sondern auch die GÖD gegen das von der Regierung geplante Finanzrahmengesetz noch vor der Beschlussfassung im Nationalrat am 19. Mai 2010 aktiv werden könnte: die GÖD-Bundeskonzern tagte am 12. Mai).

Und die LehrerInnengewerkschaften?

Dem BMUKK-Input sollten und wollten die Vorsitzenden der LehrerInnengewerkschaften eine breite innergewerkschaftliche Meinungsbildung folgen lassen, allerdings in der Öffentlichkeit möglichst keine Stellungnahmen abgeben, die den Input des BMUKK als Rahmen eines Dienstrechtentwurfs missverstehen oder konkrete Gewerkschaftsvorschläge sichtbar werden lassen könnten. Die innergewerkschaftliche Diskussion gibt es in der APS-Gewerkschaft auch auf Landesebene, bei der erweiterten Bundesleitung AHS ist sich aus zeitlichen und Tagesordnungsgründen keine eingehende Plenardebatte mehr ausgegangen, in der BMHS weiß man anscheinend auch noch nichts Genaues.

Für Anfang Mai war eine **ARGE LehrerInnen** vorgesehen, auf der die Vorsitzenden allen LehrerInnenständen gemeinsame Positionen erarbeiten sollten (bei der ARGE sind auch APS-, AHS- und BMHS-ÖLI-UG vertreten, bei den bisherigen Vorsitzenden-Gesprächen mit der Ministerin war das nicht der Fall, darum wissen wir auch nur, was unsere Vorsitzenden aus der Hand geben, wofür wir parteiunabhängige Minderheit ihnen danken). **Mitte Mai** sollte die **nächste Vor-Gesprächsrunde im Ministerium** stattfinden, zur vorbereitende ARGE LehrerInnen-Sitzung in der GÖD gibt es bis dato (16.5.2010) noch keine Einladung. Aber was noch nicht ist, kann noch werden.

Keine Angst vor Reformen – Her mit dem Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentlicher Dienst! (PV-Wahlparole der ÖLI-UG 2009)

Ob und was sich im Dienstrecht und in der Schulverwaltung aller künftig selbständigen Schulen für die LehrerInnen, Schulleitungen und PersonalvertreterInnen ändern wird, ist ungewiss. Kann sein, dass der Bewegungsansatz wie gewohnt im festgefühten Sand traditionsbewusster Besitzstandswahrung stecken bleibt. Warum sollten aber lebensfrohe Kinder- und MenschenfreundInnen nicht wieder einmal versuchen, der kaum wahrgenommenen Bewegung eine demokratische, schülerInnen- und lehrerInnenfreundliche Richtung zu geben. Vom ÖLI-UG-Forderungskatalog ins Dienstrecht und ins Budgetgesetz:

Personalvertretung an jeder Schule - Selbständige Schule statt „schulautonomer“ Mängelverwaltung unter der Fuchtel von Landes- und Bezirksschulräten ... **Leitungsteam** statt Caesariinnenwahn ... **SchülerInnenzentrierter Unterricht**, kleine Klassen und Lerngruppen, Projektunterricht, weltoffene Schule **Her mit dem Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentlicher Dienst!** In Österreich und EU-weit, auch in Griechenland!

Zur Erinnerung: **Personalvertretung an jeder Schule** - Selbständige Schule statt „schulautonomer“ Mängelverwaltung unter der Fuchtel von Landes- und Bezirksschulräten ... **Leitungsteam** statt Caesariinnenwahn ... **SchülerInnenzentrierter Unterricht**, kleine Klassen und Lerngruppen, Projektunterricht, weltoffene Schule Das waren bisher unerhörte Forderungen der ÖLI-UG.

Berufsrechtsschutz ab 25 € monatl. Dauerauftrag

| | | | |
|--|-------------------|---|--|
| P.S.K. | | ERLAGSCHEIN - EURO | |
| Kontonummer EmpfängerIn | | EUR Betrag | |
| 7 8 4 2 0 3 2 0 | BLZ Empfängerbank | | |
| Empfänger | Empfängerbank | | |
| Ö L I - Ö s t . L e h r e r I n n e n I n i t i a t i v e | PSK | | |
| Unterschrift AuftraggeberIn - bei Verwendung als Überweisungsauftrag | | Verwendungszweck | |
| Bitte Name, Adresse, E-Mail angeben | | <input type="checkbox"/> Mindestmitgliedsbeitrag (30,-/Jahr) <input type="checkbox"/> Kreidekreis-Abo (7,-/Jahr) | |

